

„Kein Kampfplatz von Lobbyisten“

Politikwissenschaftler Dirk Lange über wirtschaftsnahe Schulmaterialien und den demokratischen Auftrag allgemeinbildender Schulen

KAUM EINE FORDERUNG WIRD SO OFT ERHOBen WIE DIE NACH MEHR WIRTSCHAFTLICHER BILDUNG AN SCHULEN – ZU RECHT? Im Prinzip ja. Die Ökonomie wurde in den meisten Bundesländern über Jahrzehnte vernachlässigt. Dabei wird sie immer unerlässlicher, um die Welt zu begreifen. Wir erleben, dass immer größere Teile politischer Felder verlagert werden: aus der Verantwortung der Nationalstaaten in den Gestaltungsbereich supranationaler Konzerne zum Beispiel. Um die Zusammenhänge dahinter zu verstehen, ist eine solide ökonomische Grundbildung elementar. Nur: Viele, die diese Forderung erheben, stellen sich etwas anderes vor, nämlich ein Fach, in dem sie ihre Weltsicht präsentieren.

ZUM BEISPIEL DIE BUNDESVERBÄNDE DER INDUSTRIE UND DER ARBEITGEBER SOWIE DER BANKENVERBAND? BEIDE HABEN VOR KURZEM ZUSÄTZLICH ZU IHRER FORDERUNG NACH EINEM SCHULFACH WIRTSCHAFT AUCH GLEICH CURRICULA VORGELEGT. Beide Entwürfe sind nur prominent gewordene Beispiele für eine viel weiter gehende Bewegung: Seitdem DGB und BDA sich vor zehn Jahren auf die gemeinsame Forderung nach sozioökonomischer Bildung verständigt haben, überschütten Unternehmen, aber auch wirtschaftsnahe Stiftungen und Institute die Schulen mit Material, das nichts anderes als ihre Partikularinteressen verbreitet.

VERBOTEN IST DAS NICHT – UND JEDER LEHRER KANN JA ENTSCHEIDEN, OB ER ES EINSETZT ODER NICHT. Ja und nein. Natürlich ist legitim, dass Interessenverbände ihre Sicht auf die Gesellschaft in Bildungsmedien verbreiten. Allerdings sollte die allgemeinbildende Schule nicht zum Kampfplatz von Lobbyisten werden. Schülern dürfen keine Meinungen, Ideologien oder einseitige Sichtweisen anerzogen werden. Sie sollen Positionen kennenlernen, mit deren Hilfe sie ihre Urteilsfähigkeit schulen. Über den besten Weg müssen sie am Ende selbst entscheiden. Kontroverse Positionen tauchen aber in den meisten Materialien nicht auf.



Foto: privat

DIRK LANGE: „Unternehmen und wirtschaftsnahe Stiftungen liefern ihre Weltsicht mit.“

DIRK LANGE ist Professor für Politische Bildung an der Leibniz-Universität Hannover und Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung nahm er 2005 mehr als 150 Unterrichtsmaterialien der Sozialpartner unter die Lupe. Fazit: Die Materialien arbeitgebernaher Initiativen dominieren. Dirk Lange fand heraus, dass bei der Behandlung des Themas Mitbestimmung in der Schule didaktische Grundsätze – wie die, beide Seiten darzustellen – häufig nicht berücksichtigt werden.

www.boeckler.de/pdf/schulen_transparenzstudie_lange_2006.pdf

IST ES WIRKLICH DIE REGEL, DASS DIE VERFASSER DER SCHULMATERIALIEN MIT IHRER POSITION SO WENIG HINTER DEM BERG HALTEN? Viele – sogar anerkannte und bundesweit tätige Akteure – stellen ihre politischen Absichten ganz offen dar. Nur ein Beispiel: Eine Publikation der Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT – einer Initiative der Arbeitgeberverbände und des IW Köln – nennt als „Lernziel“ zum Thema sozial gerechte Marktwirtschaft wörtlich: „Der Leistungsgedanke muss in der Gesellschaft wieder eine viel größere Rolle spielen.“ Der Sozialstaatsgedanke sei „vielfach überstrapaziert“ und eine Gesellschaft dann „gerecht geordnet“, wenn sie „Ungleiches auch ungleich behandelt“. Auch eine Untersuchung, die ich im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema Mitbestimmung erstellt habe, ergab: Wer produziert, liefert seine Weltsicht mit. Dass diese Weltsicht in den Materialien, die ihren Weg ins Klassenzimmer finden, nicht auf jeder einzelnen Seite steht, macht es unter Umständen nur schlimmer: Umso schneller denken Lehrer: „Ach, das nehme ich mal mit.“

WAS IST ZU TUN? DEN EINSATZ VERBIETEN ODER IN DER KULTUSMINISTERKONFERENZ EINE SCHALTSTELLE ZUR PRÜFUNG EINRICHTEN? Beides nicht. Aber es muss gelingen, das ökonomische Lernen stärker nach den Prinzipien einer Bildung zur Mündigkeit zu konzipieren. Dazu benötigen wir eine Lehrerbildung, die Lehrer in ihrer Urteilskompetenz stärkt sowie Unternehmen, die den Wert und die Aufgabe einer zu kritischem Denken erziehenden Schule akzeptieren. Und: Gewerkschaften, die sich – ausgehend von diesem Anspruch – erheblich stärker für sozioökonomische Bildung in der Schule engagieren. Vielen ist noch gar nicht bewusst, dass viel von dem, was als ökonomische Bildung verkauft wird, in krassem Widerspruch zum demokratischen Bildungsauftrag allgemeinbildender Schulen steht. ■

Die Fragen stellte JEANNETTE GODDAR.